

109-4-285

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI
ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR

Došlo

109-4/285

Cj.

Přílohy

14 listů

13 listů 7.3.2009 ŠM

ST S

IV. B - 124 / 42.

a,b,c,d.

Sicherheitsdienst RF-44
SD-Leitabschnitt Prag.

V

Prag, den 7.8.1943. 1

St. C. W. B. - 124 d/42
St. C. W. B. - 124 d/42
beim Reichsprotector
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 10. AUG. 1943

An den
Persönlichen Referenten des Herrn Staatssekretär
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren
44-Obersturmbannführer Dr. Gie s
P r a g .

Der anliegende Vorgang wird nach Kenntnisnahme und Auswertung
zurückgereicht.

i.V.

44-Sturmbannführer.

St. C. W. B. - 124 d/42

ZENTRALVERBAND DER INDUSTRIE
FÜR BÖHMEN UND MÄHREN
DER PRÄSIDENT

Prag, den 27. Juli 1943. 2
A/T.

Durch Boten !

Herrn
Min.-Rat Dr. R. G i e s
Prag - IV.,
Cznerinpalais.

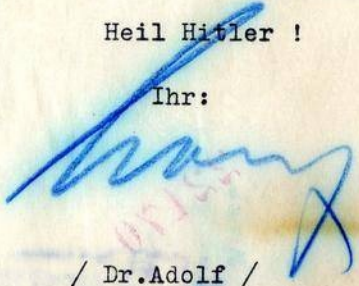


Betr.: Protektoratsbeteiligungen in der Slowakei-

Ich danke Ihnen bestens für die Ueberlassung des
anliegenden Aktes und stelle Ihnen diesen nach Kenntnisnahme
mit bestem Dank zurück.

Heil Hitler !

Ihr:


/ Dr. Adolf /

Anlage.

St. G. IV A - 124 c/42

Der Hauptabteilungsleiter V

Prag, den 26. Juli 1943.

- Nr. 1583/43 -

3

Herrn

Staatssekretär.

Bei der Besprechung mit Reichsbankvizepräsident L a n g e am Sonnabend ergaben sich keinerlei neue Gesichtspunkte. Lange ist mit uns der Auffassung, dass die Frage des deutsch-slowakischen Clearings endlich einer grundsätzlichen Klärung zugeführt werden müsse. Dies umsomehr, als die in der Slowakei geplanten grossen Rüstungsvorhaben Deutschlands sonst gar nicht finanziert werden können. Er teilte auch meinen Standpunkt, dass man zur Abdeckung der Clearing-Schuld Deutschlands ruhig slowakische Beteiligungen an Firmen in Grossdeutschland -selbstverständlich Minderheitsbeteiligungen- anbieten sollte. Im übrigen deckten sich die Ausführungen des Vizepräsidenten Lange mit denjenigen, die mir Staatssekretär Dr. Landfried kürzlich in Berlin gemacht hat.

SD-Leitabschnitt Prag	
11451	4. AUG. 1943
Antezeldienst	

127
17

Handwritten signature/initials in blue ink.

Handwritten notes in blue ink:
 7. Aug. 1943
 gegen Anträge, selbst 7. August 1943
 ...

8863

St. G. IR B - 124d/43
 ... 7/8.43

Dr. B e r t s c h
-Nr.1562/43-

Prag, den 23. Juli 1943.

Herrn

S t a a t s s e k r e t ä r .

Reichsbankvizepräsident L a n g e kommt über dieses Wochenende nach Prag. Er will mich aufsuchen, um mit mir die Frage der Protektoratsbeteiligungen in der Slowakei zu besprechen, die ich kürzlich bei Staatssekretär Dr.Landfried in Berlin erörtert habe. Anscheinend ist neben dem Reichswirtschaftsministerium und dem Auswärtigen Amt nun auch die Deutsche Reichsbank in dieser Angelegenheit tätig.

Damit dem Ausland gegenüber die Einheitlichkeit des deutschen Vorgehens gewährleistet ist, soll, wie ich zuverlässig höre, in derselben Frage neuerdings auch der Finanzmann des Reichsministeriums für Bewaffnung und Munition, Dr. Hethlage, in der Slowakei verhandeln.

[Handwritten signature]

WC

Herrn Generaldirektor Adolf
S. (S. R. G. mit S. Aufsatz)

unter Bezugnahme auf den Inhalt der vorliegenden
1.) Kanzlei setze auf besonderen Bogen:

22. VII 1943

Herrn Ministerialdirigenten Bertsch.

Die ~~vert.~~ Vorlage vom 13.7.d.Js. - Zeichen Nr. 1466/43
in Sachen Protektoratsbeteiligungen in der Slowakei hat
dem Herrn Staatssekretär vorgelegen. Auftragsgemäß teile
ich mit, daß die Beteiligungsfrage gemäß den in der Ber-
liner Besprechung gemachten Vorschlägen gehandhabt wer-
den kann.

(S. Aufsatz zum Vortrag)



55164

5a

Prag, den 22. Juli 1943.

St. S. IV B - 124 2/42.

2.) G.R. mit 2 Anlagen

Herrn Generaldirektor Adolf

unter Bezugnahme auf den Inhalt der vorstehenden
Zuschrift und der Anlage 2 zur Kenntnis übersandt.

Handwritten initials and numbers: "E.H. 124 2/42" and "124 2/42".

Herrn Ministerialdirektor

(Mirrored bleed-through text from the reverse side of the page)
... Vorlage vom 13.7.43. - Betreff: Nr. 124/42
... in Sachen Protokollabteilungen in der Slowakei hat
... dem Herrn Staatssekretär vorgelegt. Auftragsgemäß teile
... ich mit, daß die Beteiligungsfrage gemäß den in der Ber-
... ihrer Besprechung gemachten Vorschlägen eingehendst wer-
... den kann.

3.) Als dann zum Vorgang.

Handwritten blue checkmark.



Red stamp: 22167

(.s

#

Der Hauptabteilungsleiter V
- Nr.1466/43 -

6
Prag, den 13. Juli 1943.

Dr. Landfried

Herrn

Landfried
Staatssekretär.



1 Anlage.

Den Vermerk des Ministerialrats v. Wedelstädt über die Besprechung bei Herrn Staatssekretär Dr. Landfried am 9. ds. Mts. über die Protektoratsbeteiligungen in der Slowakei lege ich anbei mit der Bitte um Kenntnisnahme vor.

Mit Rücksicht auf die von Staatssekretär Dr. Landfried und dem Auswärtigen Amt abgegebenen Erklärungen scheint mir ein Entgegenkommen gegenüber den slowakischen Wünschen unumgänglich zu sein. Die Besprechung in Berlin ergab durchaus Verständnis für unsere berechtigten Interessen. Insbesondere erscheint es mir wesentlich, dass die Abgabe von Mehrheitsbeteiligungen an kriegswichtigen und wirtschaftspolitisch interessanten Betrieben nicht in Frage kommen soll. Ich glaube, dass wir genügend Möglichkeiten haben, den Wünschen der Slowaken entgegenzukommen, ohne dass dadurch wesentliche Belange der Protektoratswirtschaft verletzt werden. Ich bitte daher zu billigen, dass die Beteiligungsfrage gemäss den in der Berliner Besprechung gemachten Vorschlägen gehandhabt wird.

Ja

Eine Währungs- und Zollunion zwischen dem Reich und der Slowakei kommt nach Aussage des Staatssekretärs Dr. Landfried derzeit aus politischen Gründen nicht in Frage.

Landfried

St. S. IV B-124a/42

Der Leiter der Abteilung V 1.
V/1 - 6787/43.

Prag, 12. Juli 1943.

7

V e r m e r k

über die Besprechung im Reichswirtschaftsministerium über die Frage der Protektoratsbeteiligungen in der Slowakei am 9. Juli 1943.

Anwesend waren:

- vom Reichswirtschaftsministerium Staatssekretär Dr. Landfried
- Ministerialdirigent Dr. Riehle
- Ministerialdirigent Dr. Schultze-Schlutius
- Oberregierungsrat Marwede
- vom Auswärtigen Amt.....Vortragender Leg. Rat Hudetschek
- vom Reichsprotector.....Minister Dr. Bertsch
- Ministerialrat von Wedelstädt.

Staatssekretär Dr. Landfried erklärte einleitend, er sei mit Reichsminister Funk der Ansicht, dass die Wünsche verschiedener ausländischer Staaten auf Rückkauf deutscher Beteiligungen an Betrieben in diesen Staaten grundsätzlich nicht berechtigt seien. Im Falle der Slowakei sei jedoch die Sachlage anders. Die Slowakei sei Schutzstaat des Deutschen Reiches und verdiene schon aus diesem Grunde besonderes Entgegenkommen. Das Deutsche Reich könne aber auch auf diesen Schutzstaat genügend Einfluss ausüben, sodass es zu diesem Zwecke einer Beteiligung an Industriebetrieben weniger bedürfe.

Ministerialdirigent Dr. Schultze-Schlutius legte im einzelnen die bisherigen Verhandlungen in der Beteiligungsfrage dar. Er wies darauf hin, dass die Slowakische Regierung den Rückkauf von Protektoratsbeteiligungen an slowakischen Betrieben für eine wesentliche Möglichkeit zur Erleichterung der Clearinglage halte. Da Deutschland wegen der kriegswichtigen Lieferungen der Slowakei ein dringendes Interesse an der Besei-

./.

Ya

tigung der Clearing-Schwierigkeiten habe, - augenblicklich betrage die Auszahlungsfrist schon 13 - 14 Wochen - müsse unbedingt ein Entgegenkommen gezeigt werden. Der Vertreter des Auswärtigen Amtes bestätigte diese Notwendigkeit.

Staatssekretär Dr. Landfried unterstrich diese Ausführungen und erklärte, dass es bei allem Verständnis für die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Interessen des Protektorats im kriegswirtschaftlichen Interesse des Reiches liege und politisch geboten sei, den slowakischen Wünschen entgegen zu kommen.

Von den Vertretern des Reichsprotectors wurde ausgeführt, dass man sich mit Rücksicht auf diese Sachlage in Prag nicht den dringenden Erfordernissen des Reiches verschliessen wolle. Dabei werde jedoch vorausgesetzt, dass den slowakischen Wünschen nur insoweit entsprochen werde, als dadurch wesentliche wirtschaftspolitische Interessen nicht verletzt würden. Es sei sicherlich auch vom Standpunkt des Reiches sehr notwendig, auf die kriegswichtigen Betriebe in der Slowakei, insbesondere auf ihre Erzeugung und ihren Absatz, Einfluss zu haben. Eine Abgabe könne daher nur bei Beteiligungen an solchen Betrieben in Frage kommen, wo ein kriegswirtschaftliches und wirtschaftspolitisches Interesse nicht bestehe, das sei z.B. meist bei den landwirtschaftlichen Industrien der Fall. In anderen Fällen könne höchstens eine slowakische Minderheitsbeteiligung in Betracht kommen.

Diese Grundsätze wurden vom Reichswirtschaftsministerium ausdrücklich anerkannt. Es wurde vorgeschlagen, die von den Slowaken vorgebrachten Einzelwünsche entsprechend zu behandeln.

Die Vertreter des Reichsprotectors sagten baldige Mitteilung einer Entscheidung zu.

22165



H. Wimmer

ZENTRALVERBAND DER INDUSTRIE
FÜR BÖHMEN UND MÄHREN

Prag, den 4.11.1942.

Stempel: Büro des Staatssekretärs
für Reichsindustrie
in Böhmen und Mähren.
Eing.: - 5. NOV. 1942

DER PRÄSIDENT
A/R.
1695/42

An
SS-Gruppenführer
Staatssekretär K.H. Frank
Prag IV.
Czernin-Palais

Betr: Deutsch-slowakische Verhandlungen
über die Protektoratsbeteiligungen
in der Slowakei. - Ihr Schreiben St.S.IV B-103/42 g.

SS-Gruppenführer !

Ich danke Ihnen für die Uebermittlung des Vermerkes in obiger Angelegenheit.

Als vor kurzem Herr von Campe, Leiter der handelspolitischen Abteilung der Reichsgruppe Industrie, auf der Rückfahrt von den Pressburger Besprechungen in Prag Aufenthalt nahm, um das Ergebnis der deutsch-slowakischen Verhandlungen mit mir abzustimmen, habe ich in einer Aussprache in Anwesenheit des Herrn von Wedelstädt und Herrn Generaldirektor Dr. Voss diese Frage, welche die Protektoratsindustrie integrierend berührt, behandelt.

Da mit Herrn von Wedelstädt auch vor der Besprechung und während dieser Fühlung bestand, sind durch das Ergebnis der Verhandlungen, wie es in der Verhandlungsschrift niedergelegt wurde, unter den obwaltenden Umständen Protektoratsinteressen nicht direkt bedroht.

Da es sich hierbei um einen der entscheidendsten wirtschaftspolitischen Vorgänge unseres Raumes handelt, wäre ich dankbar, wenn der Leiter der Gruppe Wirtschaft sich mit mir in dieser Frage laufend ins Benehmen setzen würde.

Heil Hitler !
Ihr sehr ergebener:

Int. am 8. 8. 1943 bei dem
Wiedervorgelegt am 8.6.43.
Unterschiedlich Wiedervorgelegt am 8.8.43.
8.5.43.

Dr. Adolf / II B-103 a/42

Dr. Reich z. R. Prag 9

2929

Der Leiter der Gruppe Wirtschaft

Prag, 22. September 1942.

II/1 - 773/42 g.

Geheim!

1./

V e r m e r k .

Geheim

Betrifft: Deutsch-slowakische Verhandlungen über die Protektoratsbeteiligungen in der Slowakei.

Bei den deutsch-slowakischen Bankverhandlungen, die im Rahmen der Regierungsausschusstagung stattfanden, haben die Slowaken erneut die Frage der Protektoratsbeteiligungen in der Slowakei angeschnitten. Sie hatten diese Frage mit den Bankangelegenheiten dadurch verknüpft, dass sie durch die Regierungsverordnung Nr. 153 vom 18.7.1942 "über die Sicherstellung der Befriedigung von Forderungen gegenüber den Filialen ausländischer Geldanstalten" die den tschechischen Banken gehörenden Beteiligungen in der Slowakei sichergestellt und in Ausführung dieser Verordnung besondere Bevollmächtigte bei den 4 Filialen tschechischer Banken in Pressburg eingesetzt hatten. Ministerialdirigent Dr. R i e h l e als Vorsitzender des deutschen Unterausschusses für die Bankenfragen hat gegen diese Massnahmen energisch protestiert und sie mit Massnahmen gegen Feindvermögen verglichen. Von slowakischer Seite wurde dann zugegeben, dass die Regierungsverordnung vor allem den Zweck gehabt habe, die Frage der Protektoratsbeteiligungen in der Slowakei weiterzubringen. Wir haben demgegenüber gesagt, dass wir eine Verknüpfung der Bankenfragen mit der Beteiligungsfrage ablehnten, im übrigen aber bereit seien, die Beteiligungsfrage zu erörtern.

Welchen Wert die Slowaken auf die Erörterung der Beteiligungsfrage legten, geht daraus hervor, dass Ministerpräsident T u k a persönlich dem Vorsitzenden des deutschen Regierungsausschusses Ministerialdirigent Dr. Bergemann im Beisein des Unterzeichneten ausführlich seinen Standpunkt in dieser Angelegenheit darlegte. Ministerpräsident Tuka wies darauf hin, dass der Reichsmarschall ihm ausdrücklich erklärt habe, Deutschland habe nur an den in der Slowakei gelegenen Rüstungsbetrieben

*Unvollständiges
gegenüber dem
Brief, zu dem
die Sachlichkeit
als Hauptpunkt
als Hauptpunkt
als Hauptpunkt*

10

Interesse. Die anderen Betriebe sollten den Slowaken überlassen werden. Ministerpräsident Tuka's Wunsch sei es, dass als Folge der Liquidierung des tschechoslowakischen Staates alle die Betriebe oder Beteiligungen, die durch die tschechische Wirtschaftspolitik tschechisiert worden seien, den Slowaken überlassen würden. Er lege daher Wert darauf, dass die Regierungsausschüsse darüber wenigstens eine grundsätzliche Einigung erzielen. Gegenüber meinem Einwand, dass eine Abtrennung der slowakischen Betriebe meistens deshalb gar nicht möglich sei, weil sie viel zu stark wirtschaftlich mit dem Mutterbetrieb im Protektorat verbunden seien, verwies Ministerpräsident Tuka auf die Möglichkeit langfristiger Verträge über Zusammenarbeit, Lieferungen usw.

Die weiter geführten Besprechungen ergaben, dass es Ministerpräsident Tuka wohl vor allem aus innerpolitischen Gründen darauf ankommt, in der Beteiligungsfrage einen Schritt weiter zu kommen. Die Slowaken befürchten, dass die Protektoratsbeteiligungen an reichsdeutsche Firmen verkauft werden könnten, die lediglich den Zweck verfolgen, ihre Kriegsgewinne anzulegen.

In mehreren Verhandlungen des Vorsitzenden des deutschen Regierungsausschusses, Ministerialdirigent Dr. Bergemann, und des Unterzeichneten mit dem Gouverneur der Slowakischen Nationalbank und Leiter des Obersten Wirtschaftsamt, Dr. K a r v a š, konnte dann eine Einigung über die anliegende Erklärung für das Protokoll der Regierungsausschusstagung erzielt werden, die auch die Zustimmung des Ministerpräsidenten Tuka gefunden hat.

Als deutscher Vertreter wird der Unterzeichnete benannt werden. Damit ist sichergestellt, dass über die Frage der Protektoratsbeteiligungen in der Slowakei nicht von Berlin aus selbständig und unmittelbar verhandelt wird. Im übrigen bedeutet der Wortlaut der Erklärung für uns keinerlei besonderes Zugeständnis, da irgendwelche Verpflichtungen zur Uebertragung von Protektoratsbeteiligungen in slowakischen Besitz nicht übernommen werden. Lediglich für den Fall einer Veräußerung der Betriebe oder Beteiligungen sollen die slowakischen Erwerbsabsichten den Vorrang haben. Ein solches Zugeständnis ist unbedenklich, da mit der Veräußerung der Betriebe oder Beteiligungen nicht zu rechnen ist, soweit diese uns interessieren.

Auf den letzten Absatz der Erklärung legten die Slowaken auf Grund verschiedener Vorkommnisse der letzten Zeit besonderen Wert. Da nach den slowakischen Bestimmungen die leitenden Angestellten slowakischer Unternehmungen ohnehin der Zustimmung der slowakischen Behörden für ihre rechtswirksame Bestellung bedürfen, ist es zweckmässig, bisher aufgetretene Schwierigkeiten in Zukunft durch vorherige Fühlungnahme der beiden Vertreter zu vermeiden. Es wird sich dabei sowieso nur um verhältnismässig wenige Fälle handeln.

Der Deutsche Gesandte Ludin, dem der Unterzeichnete die Angelegenheit vortrug, war mit der beabsichtigten Regelung sehr einverstanden, die - wie er sich ausdrückte - "alles und nichts sagt".

Im Endergebnis ist festzustellen, dass für uns der Vorteil darin liegt, dass Berlin in Zukunft auf eine klare Linie festgelegt ist und wir selbst in der Erledigung der ganzen Fragen voll eingeschaltet sind.

Geheim

2./ Dem

Herrn Staatssekretär

über den Herrn Abteilungsleiter II

mit der Bitte um Kenntnisnahme vorgelegt.

L
24.9.1942-886-

u. Hermannis.

12

Die Regierungsausschüsse sind darüber einig, dass die sogenannte "Beteiligungsfrage" einer baldigen Klärung zugeführt werden muss. Zu diesem Zweck werden sie je einen Vertreter bestellen.

Bei der Behandlung der "Beteiligungsfrage" ist davon auszugehen, dass bei einer Veräußerung von in der Slowakei liegenden Betrieben oder dort ansässigen Unternehmungen (oder Beteiligungen daran), die im Protektorat ansässigen Personen oder Firmen gehören, slowakische Erwerbsabsichten den Vorrang haben. Der Reichsprotector wird für die Beachtung dieses Grundsatzes Sorge tragen und auf die in Frage kommenden Erwerbsmöglichkeiten jeweils rechtzeitig aufmerksam machen. In solchen Fällen sowie auch dann, wenn von slowakischer Seite Nationalisierungswünsche vorgebracht werden, haben die im Absatz 1 genannten Vertreter der Regierungsausschüsse die privatrechtliche und wirtschaftliche Durchführbarkeit des Vorhabens zu prüfen.

Diese Vereinbarung erstreckt sich auf alle Betriebe und Unternehmungen der vorerwähnten Art, die infolge der ehemaligen tschechoslowakischen Wirtschaftspolitik in tschechische Hände gelangt sind. Ausnahmen von diesem Grundsatz werden die im Absatz 1 genannten Vertreter den Regierungsausschüssen vorschlagen. Uebereinstimmend wird festgestellt, dass die Erörterung slowakischer Nationalisierungswünsche hinsichtlich kriegswirtschaftlicher Betriebe während der Dauer des Krieges unterbleibt.

Hinsichtlich derjenigen industriellen Betriebe, bei denen hiernach für den Fall einer Veräußerung das slowakische Nationalisierungsbestreben anzuerkennen ist, soll den vom slowakischen Regierungsausschuss vorgebrachten personalpolitischen Wünschen dadurch Rechnung getragen werden, dass die Einstellung und Abberufung der in der Slowakei tätigen leitenden Angestellten von der Zustimmung des im Absatz 1 genannten Vertreters des deutschen Regierungsausschusses abhängig gemacht werden wird. Dieser wird seine Entscheidung im Einvernehmen mit dem Vertreter des slowakischen Regierungsausschusses treffen.

St.S. IV B - 103/42 g.

13
1. Oktober 1942.

Geheim

6. X. 1942
1.) An Herrn
Generaldirektor Dr. Adolf,
Prag II,
Stephansgasse 30.

Sehr geehrter Parteigenosse Adolf !

Im Auftrage des Herrn Staatssekretärs übersende ich den
angeschlossenen Vorgang gegen Rückgabe zur Kenntnis und
baldgefälligen Stellungnahme.

Heil Hitler !

Ihr
h

Ministerialrat.

2.) Wv. am 10.10.1942 bei dem Unterzeichner.

Wiedermangelagt am 30.10.42